

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

20.11.2009

Ausschussbetreuender Fachbereich

Angelegenheiten der Gemeindeverfassung

Schriftführung

Christian Ruhe

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Dienstag, 27.10.2009

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:08 Uhr - 20:10 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

18:30 Uhr - 18:39 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
2. **Bestellung einer Schriftführerin/ eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin/eines stellvertretenden Schriftführers**
0450/2009
3. **Amtseinführung des Bürgermeisters**
4. **Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder**
5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
6. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
7. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am**

29.09.2009 - öffentlicher Teil
0445/2009

- 9. Beschluss über die Zahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeister**
0447/2009
- 10. Wahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeister**
0449/2009
- 8. Einwohnerfragestunde**
0443/2009
- 16.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.10.2009 zur Änderung der Zuständigkeitsordnung**
0448/2009
- 11. Bildung und Besetzung der Ausschüsse**
0411/2009
- 11.1 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses**
0441/2009
- 12. Verteilung der Ausschussvorsitze, der stellvertretenden Ausschussvorsitze und Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden**
0444/2009
- 13. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten**
0417/2009
- 14. Neuwahl des Integrationsrates; Änderung ortsrechtlicher Regelungen**
0451/2009
- 15. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der VHS**
0440/2009
- 16. Anträge der Fraktionen**
- 16.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.09 zur Autobahnanbindung über die Bahn-
dammtrasse an die A 4**
0442/2009
- 17. Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Altersvorsitzende, Herr Heinrich Lang, eröffnet die erste Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der achten Wahlperiode.

Er hält eine kurze Begrüßungsrede und bedankt sich bei Herrn Orth für seine großartigen Leistungen als Bürgermeister, mit denen er sich um die Stadt Bergisch Gladbach verdient gemacht habe. Nach seiner Einschätzung habe Herr Orth wahrscheinlich alles erreicht, was unter schwierigsten Bedingungen möglich gewesen sei.

Herr Lang stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Es sind alle Ratsmitglieder anwesend.

2. Bestellung einer Schriftführerin/ eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin/eines stellvertretenden Schriftführers 0450/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Herr Stadtinspektor Christian Ruhe wird zum Schriftführer bestellt. Im Falle seiner Verhinderung nimmt Frau Stadtoberamtsrätin Helga Monheim diese Aufgabe war.

3. Amtseinführung des Bürgermeisters

Herr Lang führt Herrn Bürgermeister Urbach in feierlicher Form in sein Amt ein.

Herr Lang erläutert, Herr Urbach habe die Wahl zum Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach angenommen. Gemäß § 119 Absatz 3 in Verbindung mit § 119 Absatz 2 Landesbeamtengesetz (LBG) NRW sei dadurch - mit Beginn der Wahlperiode am 21.10.2009 - ein Beamtenverhältnis auf Zeit begründet worden. Da gemäß § 119 Absatz 1 LBG NRW die für die Beamten allgemein geltenden Vorschriften grundsätzlich auch für die direkt gewählten Bürgermeister Anwendung finden, habe der Bürgermeister einen Diensteid gemäß § 46 Absatz 1 LBG NRW zu leisten.

Herr Urbach leistet daraufhin in feierlicher Form seinen Diensteid: „Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Herr Lang gratuliert Herrn Urbach im Namen des Rates und übergibt ihm die Sitzungsleitung.

Herr Urbach begrüßt die Mitglieder des Rates in einer kurzen Ansprache, die in ihrem Wortlaut dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Urbach benennt in Ergänzung zu TOP A 1 die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 14.10.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen,

- eine den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 19.10.2009 übersandte Ergänzung zu TOP A 13 („Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten“, Vorlage Nr. 0417/2009) und einen ebenfalls mit diesem Schreiben übersandten Dringlichkeitsantrag zum Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen), den die BfBB-Fraktion noch vor Beginn der Wahlperiode gestellt habe, sowie die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag sowie
- einen Änderungsantrag (Vorlage Nr. 0461/2009) der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) zu TOP A 16.2, Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.10.2009 zur Änderung der Zuständigkeitsordnung (Vorlage Nr. 0448/2009) als Tischvorlage.

Die Verwaltung führe zu dem Antrag der BfBB-Fraktion in ihrer Stellungnahme aus, dass die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Tagesordnung in diesem Punkt nicht vorliegen und empfehle aus diesem Grund, den Antrag abzulehnen.

Herr Waldschmidt stimmt der Einschätzung der Verwaltung, dass keine Dringlichkeit im formellen Sinne vorliege, zu. Die Verwaltung habe jedoch die Maßgaben des Rates und des Finanz- und Liegenschaftsausschusses eklatant missachtet. In der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 22.09.2009 sei beschlossen worden, dass der Tagesordnungspunkt „Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen)“ (Vorlage Nr. 0360/2009) in die übernächste Ratssitzung verschoben werden solle, wobei es sich um die heutige Ratssitzung handele. Man sei sich einig gewesen, dass der neue Rat in seiner ersten Sitzung den entsprechenden Beschluss hätte fassen sollen. Dies werde auch in der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 29.09.2009 deutlich, in der Herr Kleine mit den Worten „Damit sei unter Einbeziehung der heutigen Sitzung die Ratssitzung am 27.10.2009 gemeint“ wiedergegeben sei.

Herr Mömkes stimmt diesen Ausführungen im Wesentlichen zu; die CDU-Fraktion sehe sich jedoch nicht in der Lage, dem Antrag heute zuzustimmen, da seitens der Kämmerei immer noch nicht die Zahlen vorgelegt wurden, auf die der Rat dringend angewiesen sei.

Herr Hoffstadt entgegnet, die Zahlen würden für eine Entscheidung in der Angelegenheit nicht benötigt, da es sich um Mittel aus dem Konjunkturpaket II handele. Trotzdem wolle auch er wissen, wann den Ratsmitgliedern die Zahlen vorgelegt würden.

Herr Santillán erläutert, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) übernehme den ursprünglich von der BfBB-Fraktion mit Schreiben vom 18.10.2009 gestellten Antrag als den ihren. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) habe keine Möglichkeit gehabt, zur heutigen Sitzung fristgerecht Anträge zu stellen. Der vorliegende Antrag solle daher in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Herr Waldschmidt kündigt einen Antrag der SPD-Fraktion auf unverzügliche Einberufung einer Ratssitzung gemäß § 1 Absatz 1 Geschäftsordnung für den Fall an, dass der Rat den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung wie zu erwarten wegen nicht vorliegender Dringlichkeit ablehne.

Herr Lang meint, der Rat könne und müsse heute über den Antrag abstimmen. Er bittet den Kämmerer um Auskunft, ob er Bedenken habe, heute eine Sanierung der Sportplätze des im Antrag benannten Vereins und des SC 1927 mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II zu beschließen. In Bezug auf die Sanierung der beiden Sportplätze sei aus seiner Sicht Dringlichkeit geboten und die Einberufung einer „Sondersitzung“ des Rates würde hohe Kosten verursachen.

Herr Nagelschmidt entgegnet, der Beschluss des Rates enthalte einen weiteren Vorbehalt, nämlich dass die Zuschussgewährung „unter Abwägung einer Gesamtschau der Investitionen 2009/2010“ erfolge. Diese Liste liege noch nicht vor; damit könne der Rat auch heute noch keinen abschließenden Beschluss fassen.

Herr Ziffus schließt sich dieser Auffassung unter der Einschränkung an, dass die notwendigen Entscheidungen nicht bis zur Sitzung im Dezember aufgeschoben, sondern in einer zusätzlichen Ratsitzung im November getroffen werden, wenn die Daten vorlägen.

Herr Kleine fordert die Ratsmitglieder auf, heute in der Angelegenheit einen Beschluss zu fassen und die Sportvereine nicht länger hinzuhalten. Die betreffenden Vereine hätten der Verwaltung schon vor einiger Zeit ihre Kalkulationen vorgelegt und ihre Bereitschaft erklärt, Folgekosten zu übernehmen. Dem Fachausschuss habe ein Verwaltungsvorschlag in Form einer Prioritätenliste vorgelegen, in die die Maßnahmen eingeflossen seien, die durch das Konjunkturpaket II abgedeckt werden können.

Herr Mumdey antwortet auf die vorangegangenen Fragen, es sei aus rein rechtlicher Sicht möglich, über die Mittel des Konjunkturpaketes II unabhängig vom Haushalt zu entscheiden. Es liege in der Kompetenz des Rates, Voraussetzungen für eine Zuschussgewährung aufzustellen. Der Verein Herkenrath habe ein Finanzierungskonzept vorgelegt, das aus Sicht der Kämmerei nicht zu beanstanden sei. Zum Zustand der Sportplätze verweist Herr Mumdey auf eine Vorlage aus dem Jahr 2006, in der dargestellt wurde, welche Plätze sanierungsbedürftig sind und welche nicht. Zwei Plätze seien als dringend sanierungsbedürftig bewertet worden, nämlich der Sportplatz in Herkenrath und der Sportplatz Steinbreche. Es sei richtig, dass der Rat auch andere Investitionen aus dem Konjunkturpaket II beschließen könne, insbesondere auch im Schulbereich. Die Summe für die in der Liste noch offen stehenden Investitionen sei jedoch größer als die zur Verfügung stehenden Mittel. Derzeit werde eine Kategorisierung entsprechend dem Leitfaden des Innenministeriums dahingehend vorgenommen, welche Maßnahmen rechtlich verpflichtend oder zur Substanzerhaltung notwendig sind und bezuschusst werden oder nicht. Diese Aufstellung werde in ca. zwei Wochen fertig gestellt. Es liege im Ermessen des Rates, diese Liste abzuwarten oder nicht.

Herr Lang weist darauf hin, dass alle Fraktionen ein Schreiben von drei Schulen erhalten hätten, in welchem diese um dringende Unterstützung für die Sanierung des Sportplatzes Herkenrath bitten. Die Schulen würden den Platz noch stärker nutzen als der Sportverein.

Herr Dr. Fischer äußert die Auffassung der FDP-Fraktion, die Aufstellung der Kämmerei zunächst abzuwarten. Es könnte unter Umständen andere wichtige Maßnahmen geben, die heute noch gar nicht bekannt seien. Er halte das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren für richtig.

Herr Santillán entgegnet, die Mittel aus dem Konjunkturpaket sollten möglichst sofort ausgegeben werden.

Herr Urbach weist auf die bestehende Beschlusslage hin, nach der die Gewährung des Zuschusses aus Mitteln des Konjunkturpaketes II vorbehaltlich der Vorlage eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes durch die Vereine unter Abwägung einer Gesamtschau der Investitionen 2009/2010 erfolge. Die entsprechenden Vorlagen werde die Verwaltung voraussichtlich in etwa 14 Tagen ausgearbeitet haben. Die SPD-Fraktion habe angekündigt, dies aufzugreifen und eine Sondersitzung zu beantragen. Sodann lässt Herr Urbach über den Antrag abstimmen, die Tagesordnung um den Punkt „Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen)“ zu erweitern.

Für diesen Antrag stimmen die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Urbach schlägt vor, den Änderungsantrag (Vorlage Nr. 0461/2009) der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) zu TOP A 16.2 gemeinsam mit TOP A 16.2, Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.10.2009 zur Änderung der Zuständigkeitsordnung (Vorlage Nr. 0448/2009) zu

behandeln und in der Tagesordnung vorzuziehen, so dass die Punkte vor TOP A 11 behandelt werden.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

4. Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

Die Ratsmitglieder werden von Herrn Urbach gemäß § 67 Absatz 3 GO NRW eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Die Ratsmitglieder leisten dazu den nach der Verwaltungsvorschrift zu § 32 Absatz 4 GO NRW alte Fassung vorgesehenen Eid mit den folgenden Worten: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde.“

Herr Urbach weist die Ratsmitglieder darauf hin, dass der Rat auf der Grundlage von § 43 Absatz 3 Satz 2 GO NRW unter Einbeziehung der Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes am 23.03.2006 die Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach beschlossen habe. Danach seien die Ratsmitglieder verpflichtet, Auskünfte über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu geben. Die Ehrenordnung und der dazugehörige Vordruck über die Auskunftspflicht seien an die Ratsmitglieder verteilt worden. Er bittet darum, die Vordrucke auszufüllen und dem Bürgermeister zu übersenden.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

6. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 29.09.2009 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

7. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 29.09.2009 - öffentlicher Teil **0445/2009**

Herr Urbach verliest die folgende Aktualisierung des Durchführungsberichtes:

„Zu TOP 10

Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen)
0360/2009

Ein Antrag der BfBB-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt wurde den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 19.10.2009 übersandt.

Zu TOP 22

Ortsrechtliche Regelungen für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach
229/2009

Die Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach wurde am 21.10.2009 in der Bergischen Landeszeitung und im Kölner Stadtanzeiger öffentlich bekannt gemacht.“

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

9. Beschluss über die Zahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeister

0447/2009

Herr Mömkes beantragt für die CDU-Fraktion, die Zahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf vier festzusetzen.

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion, die Zahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf drei festzusetzen. Dies sei auch aus finanziellen Gründen geboten. Herr Santillán schließt sich für die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) diesem Antrag an.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der CDU-Fraktion, die Zahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf vier festzusetzen, abstimmen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) mehrheitlich angenommen.

10. Wahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeister

0449/2009

Herr Urbach bittet die Fraktionen, jeweils eine Stimmzählerin oder einen Stimmzähler für den Wahlgang zu benennen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt die CDU-Fraktion Herrn Kraus, die SPD-Fraktion Herrn Komenda, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Scheerer, die FDP-Fraktion Herrn Jentsch, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) Herrn Caßemayer und die Fraktion Freie Wähler Herrn Kamp vor.

Der Rat zeigt sich mit diesen Vorschlägen einvernehmlich einverstanden.

Herr Urbach bittet die Fraktionen um Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl der stellvertretenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Herr Mömkes erläutert, die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die Fraktion KIDitiative und die Fraktion Freie Wähler würden die folgende gemeinsame Liste bilden:

1. Frau Ingrid Koshofer,
2. Herr Josef Willnecker,
3. Frau Renate Beisenherz-Galas.

Herr Waldschmidt schlägt für die SPD-Fraktion Frau Helene Hammelrath als stellvertretende Bürgermeisterin vor. Herr Santillán schließt sich diesem Vorschlag für die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) an.

Herr Urbach erläutert das Abstimmungsverfahren. Es werde gemäß § 67 Absatz 2 GO NRW nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang geheim abgestimmt. Wer für die gemeinsame Liste der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion, der Fraktion KIDitiative und der Fraktion Freie Wähler stimmen wolle, der kreuze auf dem Stimmzettel den Buchstaben „A“ an, wer für die gemeinsame Liste der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE

LINKE. (mit BfBB) stimmen wolle, der kreuze den Buchstaben „B“ an und wer sich der Stimme enthalten wolle, der kreuze keinen der beiden Buchstaben an.

Es werden 63 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für die gemeinsame Liste der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion, der Fraktion KIDitiative und der Fraktion Freie Wähler stimmen 43 Mitglieder des Rates, für die gemeinsame Liste der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) stimmen 19 Mitglieder des Rates. Ein Mitglied des Rates enthält sich der Stimme.

Gemäß § 67 Absatz 2 GO NRW sind die Wahlstellen auf die Wahlvorschläge der Fraktionen des Rates nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zu verteilen, die sich durch Teilung der auf die Wahlvorschläge entfallenden Stimmenzahlen durch 1, 2, 3 usw. ergeben. Unter Anwendung dieses d'Hondtschen Höchstzahlverfahrens ergibt sich die folgende Reihenfolge:

**Erste stellvertretende Bürgermeisterin: Frau Ingrid Koshofer,
Zweiter stellvertretender Bürgermeister: Herr Josef Willnecker,
Dritte stellvertretende Bürgermeisterin: Frau Helene Hammelrath,
Vierte stellvertretende Bürgermeisterin: Frau Renate Beisenherz-Galas.**

Die vier gewählten stellvertretenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nehmen die Wahl an.

8. Einwohnerfragestunde 0443/2009

Herr Urbach erläutert, es läge eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor. Unter Hinweis auf das Verfahren in Köln frage Herr Hoffmann, warum in Bergisch Gladbach der Weihnachtsmarkt und die zweimal im Jahr stattfindenden Kirmessen nicht öffentlich ausgeschrieben würden.

Herr Urbach verliest die folgende Antwort: „Die Stadt Bergisch Gladbach ist nicht verpflichtet, den Weihnachtsmarkt auszuschreiben, da sie selbst den Auftrag zur Durchführung/Organisation des Weihnachtsmarktes nicht vergibt - Ausschreibungen nach der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) sind nur bei zu vergebenden Lieferungen und Leistungen der öffentlichen Hand erforderlich. Die Interessengemeinschaft des Bergisch Gladbacher Handels beantragt alljährlich als Veranstalter eine Festsetzung gemäß § 69 der Gewerbeordnung (GewO) für den Weihnachtsmarkt. Da die Voraussetzungen nach § 68 GewO (Spezialmarkt) erfüllt sind, hat diese Festsetzung durch die Stadt Bergisch Gladbach zu erfolgen. Es liegt dann in der Zuständigkeit der Interessengemeinschaft, wenn diese mit den organisatorischen Tätigkeiten beauftragt. Die Kirmesveranstaltungen werden durch die Stadt Bergisch Gladbach selbst durchgeführt. Es werden hierbei keine Lieferungen und Leistungen vergeben, sondern nur Standplätze. Dementsprechend ist die VOL nicht anzuwenden und es muss nicht ausgeschrieben werden. Unabhängig davon können sich für die Kirmesveranstaltungen selbstverständlich Schausteller aus aller Welt bewerben. Diese Bewerbungen erfolgen jedoch in der Regel nicht - auf Grund der langen Wege. Es bewerben sich nur Schausteller, bei denen die Veranstaltung in Bergisch Gladbach auf der ‚Route‘ liegt. Denn erstens sind die Fahrtkosten hoch und zweitens reihen sich die Veranstaltungen aneinander, so dass innerhalb kürzester Zeit am nächsten Veranstaltungsort wieder aufgebaut werden muss.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

16.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.10.2009 zur Änderung

der Zuständigkeitsordnung

0448/2009

Herr Dr. Baemle-Courth erläutert, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei nicht identisch mit dem in der Sitzung des Rates am 29.09.2009 gestellten und abgelehnten Antrag. Aus dem Stadtentwicklungsausschuss solle nunmehr der „Ausschuss für Gleichstellung von Frau und Mann, Soziales, Integration und demografischen Wandel“ herausgelöst werden. Dieser neue Ausschuss umfasse damit eine Reihe von wichtigen Querschnittsthemen, die weitaus mehr als nur die Stadtentwicklung betreffen. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei im Vergleich mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) der weitergehende. Es sei schwer vorstellbar, dass der nach der beschlossenen Zuständigkeitsordnung einzurichtende Ausschuss alle ihm zugeordneten Themenfelder hinreichend behandeln könne. Dies sei nur in einem herausgelösten Ausschuss möglich, der auch schon ein Kompromiss sei, da man auf einen separaten Sozialausschuss verzichte. Ausschussübergreifende Angelegenheiten könnten bei Bedarf in gemeinsamen Ausschusssitzungen behandelt werden.

Herr Santillán erläutert, es sei sinnvoll, den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann als Querschnittsausschuss wieder einzurichten. Dies sei aus seiner Sicht der weitergehende Antrag.

Frau Schneider schließt sich dieser Auffassung an. Sie beantragt die geheime Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB).

Herr Nagelschmidt entgegnet, es sei eine Unsitte, Ratsbeschlüsse so lange zu wiederholen, bis das erwünschte Ergebnis eintreffe. Genderrelevante Themen seien in allen Bereichen vorhanden. Es mache daher auch Sinn, diese in einem großen gemeinsamen Ausschuss - wie in der beschlossenen Zuständigkeitsordnung vorgesehen - zusammenzuführen.

Herr Ziffus verweist Herrn Nagelschmidt auf die Abstimmung zum Thema „Asselborn“, bei der die CDU-Fraktion eben dieses nunmehr unerwünschte Verhalten gezeigt habe. Er halte es für absolut legitim, dass ein neuer Rat über seine Zuständigkeitszuweisung an die Ausschüsse selbst entscheide. Dabei handele es sich nicht um eine unzulässige Wiederholung einer Entscheidung.

Dies wird von Herrn Santillán bekräftigt. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) sei an der Entscheidung über die Zuständigkeitsordnung zudem gar nicht beteiligt gewesen. Es sei Sache des neuen und nicht des alten Rates, darüber zu entscheiden, welche Ausschüsse der neue Rat bilde.

Frau Fahner erläutert, der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann übernehme alle Aufgaben, die ursprünglich der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann innehatte. Dort müssten also alle Querschnittsthemen mit Genderrelevanz behandelt werden, um dazu Empfehlung an die zuständigen Fachausschüsse zu geben. Das für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann gewählte Verfahren bleibe erhalten.

Frau Kreft ergänzt, dies würde wohl zu langen Tagesordnungen und Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann führen.

Auch Herr Lang hält das Thema „Gleichberechtigung“ für so wichtig, dass ein besonderer Ausschuss dafür eingerichtet werden solle.

Herr Mömkes entgegnet auf die Ausführungen von Frau Kreft, der oder die Ausschussvorsitzende werde die Tagesordnungen des Ausschusses aufstellen, und nicht die Gleichstellungsbeauftragte. Der/die Vorsitzende werde damit auch Einfluss darauf haben, welche Themen in welcher Breite behandelt würden.

Herr Urbach fragt Herrn Waldschmidt, ob er den Antrag von Frau Schneider auf geheime Abstimmung als Antrag der SPD-Fraktion werten solle.

Herr Waldschmidt beantragt eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung.

Herr Schütz signalisiert die Zustimmung der Fraktion KIDitiative zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Die Stadtentwicklung müsste aus Sicht der Fraktion KIDitiative dann jedoch wieder dem Hauptausschuss zugeordnet werden.

Herr Urbach erläutert, aus Sicht der Verwaltung sei der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der weitergehende Antrag, da er eine umfangreichere Änderung der Zuständigkeitsordnung nach sich ziehe als der Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB).

Herr Urbach unterbricht die Sitzung um 18:30 Uhr.

Die Sitzung wird um 18:39 Uhr wieder aufgenommen.

Herr Waldschmidt erläutert, die SPD-Fraktion stelle keinen Antrag auf geheime Abstimmung. Frau Schneider zieht ihren Antrag auf geheime Abstimmung zurück.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, einen gemeinsamen Ausschuss für Gleichstellung von Frau und Mann, Soziales, Integration und demographischen Wandel einzurichten und die entsprechenden Kompetenzen aus dem Stadtentwicklungsausschuss herauszulösen, abstimmen.

Für den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie ein Ratsmitglied aus den Reihen der FDP-Fraktion. Mit den Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Freie Wähler, fünf Ratsmitgliedern aus den Reihen der FDP-Fraktion sowie des Bürgermeisters wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion die namentliche Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB).

Herr Santillán beantragt für die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) die geheime Abstimmung über den Antrag.

Herr Urbach lässt daraufhin gemäß § 18 Absatz 5 Geschäftsordnung in Verbindung mit § 50 Absatz 1 Satz 5 GO NRW über den vorrangigen Antrag auf geheime Abstimmung abstimmen.

Für den Antrag auf geheime Abstimmung stimmen die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) und zehn Ratsmitglieder aus den Reihen der SPD-Fraktion, also insgesamt 13 Ratsmitglieder. Die gemäß § 18 Absatz 4 Geschäftsordnung in Verbindung mit § 50 Absatz 1 Satz 4 GO NRW erforderliche Anzahl von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder ist damit erreicht. Der Antrag auf geheime Abstimmung wird angenommen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benennt die CDU-Fraktion Herrn Kraus, die SPD-Fraktion Herrn Komenda, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Scheerer, die FDP-Fraktion Herrn Jentsch, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) Herrn Caßemayer, die Fraktion Freie Wähler Herrn Kamp und die Fraktion KIDitiative Herrn Schütz.

Mit diesen Vorschlägen zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), einen separaten Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann einzurichten und die entsprechende Zuständigkeit aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann herauszulösen, abstimmen.

Herr Urbach erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer dem Antrag zustimmen wolle, der kreuze „Ja“, wer den Antrag ablehnen wolle, der kreuze „Nein“ und wer sich enthalten wolle, der kreuze „Enthaltung“ an.

Es werden 63 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) stimmen 27 Mitglieder des Rates. Mit 33 Gegenstimmen wird der Antrag bei drei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

11. Bildung und Besetzung der Ausschüsse

0411/2009

Herr Urbach erläutert das auch in der Vorlage dargestellte Verfahren zur Bildung und Besetzung der Ausschüsse und weist darauf hin, dass der Verwaltung ein Schreiben des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen an die Präsidentin des Landtages und die Mitglieder des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform vom 24.09.2009 vorliege, in welchem unter der Überschrift „Bildung der Ausschüsse“ darauf hingewiesen werde, dass der Bürgermeister als „Mitglied des Rates kraft Gesetzes“ sich an der Abstimmung darüber, „welche Ausschüsse (Zahl der Ausschüsse insgesamt und jeweilige Zuständigkeit) in welcher Größe gebildet werden (d.h. wie viele Ratsmitglieder und wie viele sachkundige Bürger dem jeweiligen Ausschuss angehören sollen)“, beteiligen dürfe. Er beabsichtige, sich an der Rechtsauffassung des Innenministeriums zu orientieren und an der Abstimmung zu beteiligen. Das Schreiben des Innenministeriums werde er den Fraktionen wie erbeten gerne zur Verfügung stellen.

Herr Mömkes beantragt für die CDU-Fraktion, die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss auf zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 17 festzulegen.

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion, die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss auf zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 16 festzulegen. Dadurch würden sich die Mehrheitsverhältnisse im Rat auch in den Ausschüssen widerspiegeln.

Herr Santillán beantragt für die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss auf zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 15 festzulegen.

Herr Urbach weist auf die spezialgesetzlichen Vorschriften in Bezug auf die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses hin (Anmerkung: Gemäß § 57 Absatz 3 Gemeindeordnung (GO) NRW führt der Bürgermeister den Vorsitz im Hauptausschuss und hat in diesem Ausschuss auch Stimmrecht. Die Anträge müssen daher in Bezug auf den Haupt- und Finanzausschuss so ausgelegt werden, dass dieser sich aus 17 bzw. 16 bzw. 15 Mitgliedern des Rates (§ 58 Absatz 3 Satz 1 i. V. m. § 59 GO NRW) exklusive des Bürgermeisters als Vorsitzendem mit Stimmrecht (§ 57 Absatz 3 GO NRW) zusammensetzt.)

Herr Ziffus und Herr Kamp schließen sich für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bzw. für die Fraktion Freie Wähler dem Antrag der SPD-Fraktion an. Herr Ziffus fragt, ob die Landesverfassung oder die Gemeindeordnung einen Grundsatz der Spiegelbildlichkeit der Ausschussbesetzung enthalte, d.h. ob es zutreffe, dass die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen in etwa die Verhältnisse im Rat abbilden müssten. Wenn dies so wäre, so sei der Rat daran gebunden, die Zahl der Ausschussmitglieder auf jeweils 16 festzulegen.

Herr Urbach antwortet, die Gemeindeordnung enthalte nach seiner Kenntnis keine derartige Regelung.

Herr Lang widerspricht der Auffassung der Verwaltung, dass der Bürgermeister sich an den Abstimmungen zur Größe der Ausschüsse beteiligen dürfe. In § 40 Absatz 2 GO NRW sei geregelt, dass der Bürgermeister in den Fällen des § 58 Absätze 1, 3 und 5 GO NRW nicht mitstimme. Herr Kleine ergänzt, Ministerialbeamte des Innenministeriums könnten geltendes Recht nicht außer Kraft setzen. Der Bürgermeister solle seine Rechtsauffassung überdenken, da er einen rechtswidrigen Beschluss beanstanden und der Rat dann in einer „Sondersitzung“ über die Größe der Ausschüsse erneut entscheiden müsse. Herr Waldschmidt ergänzt, die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik habe die von der SPD-Fraktion vertretene Rechtsauffassung in einer ausführlichen Stellungnahme bestätigt.

Herr Widdenhöfer erläutert, er habe den von Herrn Urbach verlesenen Passus aus dem Schreiben des Innenministeriums noch am gestrigen Tage mit der Kommunalaufsicht abgestimmt, die sich der vom Innenministerium dargelegten Rechtsauffassung angeschlossen habe. Herr Urbach ergänzt, er sei bis vor wenigen Tagen selbst davon ausgegangen, sich an der Abstimmung nicht beteiligen zu können. Wenn jedoch sowohl das Innenministerium, als auch die Kommunalaufsicht eine Stimmberechtigung des Bürgermeisters im vorliegenden Fall bejahen würden, so wolle er auf dieses demokratische Recht nicht verzichten. Hierfür bitte er um Verständnis. Auf Bitten von Herrn Lang verliest Herr Urbach § 40 Absatz 2 Sätze 5 und 6 GO NRW. § 57 Absatz 1 GO NRW werde in diesem Passus nicht aufgeführt.

Herr Caßemayer hält die Absicht des Bürgermeisters nicht nur für unklug, sondern auch für unmoralisch.

Herr Mömkes beantragt für die CDU-Fraktion die geheime Abstimmung über die Festlegung der Zahl der Ausschussmitglieder.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt die CDU-Fraktion Herrn Kraus, die SPD-Fraktion Herrn Komenda, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Scheerer, die FDP-Fraktion Herrn Jentsch, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) Herrn Caßemayer, die Fraktion Freie Wähler Herrn Kamp und die Fraktion KIDitiative Herrn Schütz vor.

Mit diesen Vorschlägen zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Sodann lässt Herr Urbach über den Antrag der CDU-Fraktion, die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss auf zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 17 festzulegen, geheim abstimmen.

Herr Urbach erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion stimmen wolle, der kreuze „Ja“, wer dagegen stimmen wolle „Nein“ und wer sich der Stimme enthalten wolle „Enthaltung“ an.

Es werden 63 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag, die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss auf zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 17 festzulegen, stimmen 36, gegen den Antrag 27 Ratsmitglieder. Der Antrag wird damit mehrheitlich angenommen.

Herr Urbach erläutert, in der Vergangenheit habe der Rat keine Beschlüsse über die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in den Ausschüssen gefasst; er gehe davon aus, dass der Rat dieses Verfahren beibehalten wolle. Die Fraktionen hätten bereits Listen zur Besetzung der Ausschüsse vorgelegt. Auf eine Verlesung aller Namen könne dann in der heutigen Sitzung verzichtet werden.

Mit diesen Vorschlägen zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

11.1 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

0441/2009

Herr Urbach erläutert, zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß § 4 Absatz 2 Buchstabe b) der Satzung für das Jugendamt mit sechs vom Rat gewählten Frauen oder Männern, die von den im Bereich des Jugendamtes wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorzuschlagen sind, sowie sechs persönlichen Stellvertreterinnen oder Stellvertretern liege der folgende einheitliche Wahlvorschlag vor:

1. stimmberechtigtes Mitglied:

Köchling, Frank (Caritasverband)
Hufer Weg 111
51467 Bergisch Gladbach

persönlicher Stellvertreter:

Dr. Molitor, Kurt (Deutsches Rotes Kreuz)
Im Kleefeld 56
51467 Bergisch Gladbach

2. stimmberechtigtes Mitglied:

Eßer, Werner (Arbeiterwohlfahrt)
Am Birkenbusch 61
51469 Bergisch Gladbach

persönlicher Stellvertreter:

Sieg, Achim (Arbeiterwohlfahrt)
Im Letsch 31
51427 Bergisch Gladbach

3. stimmberechtigtes Mitglied:

Kikol, Jürgen (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband)
Büchnerstraße 7
51429 Bergisch Gladbach

persönlicher Stellvertreter:

Marzinkowski, Gerhard (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband)
Fauthstraße 50
51465 Bergisch Gladbach

4. stimmberechtigtes Mitglied:

Forster, Ulla (Kreativitätsschule)
Ehrenfeld 32
51429 Bergisch Gladbach

persönlicher Stellvertreter:

Bilski, Friedhelm (Deutscher Kinderschutzbund)
Ulmenallee 9
51427 Bergisch Gladbach

5. stimmberechtigtes Mitglied:

Dehler, Sigrid (Evangelischer Kirchenkreis Köln-Rechtsrheinisch – evangelische Jugend)
Neuenhaus 24a
51429 Bergisch Gladbach

persönlicher Stellvertreter:

Homrighausen, Gregor (Bund der Deutschen Katholischen Jugend)
Sträßchen Siefen 43
51467 Bergisch Gladbach

6. stimmberechtigtes Mitglied:

Wolter, Stefan (Bund der Deutschen Katholischen Jugend)
Am Brücker Bach 13
51427 Bergisch Gladbach

persönliche Stellvertreterin:

Mundorf, Erika (Stadtssportverband Bergisch Gladbach e.V.)
Im Mondsröttchen 44
51429 Bergisch Gladbach

Herr Urbach lässt daraufhin über diesen einheitlichen Wahlvorschlag abstimmen. Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der vorgetragene einheitliche Wahlvorschlag wird angenommen.

Herr Urbach erläutert, zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß § 4 Absatz 3 Buchstabe h) der Satzung für das Jugendamt mit drei Vertreterinnen oder Vertretern als beratende Mitglieder aus dem Kreis der nicht durch ein stimmberechtigtes Mitglied vertretenen Jugendverbände und/oder Wohlfahrtsverbände sowie drei persönlichen Stellvertreterinnen oder Stellvertretern liege der folgende einheitliche Wahlvorschlag vor:

1. beratendes Mitglied:

Rodenbach, Felix (Bund der Pfadfinder)
Odenthaler Straße 84
51465 Bergisch Gladbach

persönlicher Stellvertreter:

Esser, Timo (Bund der Pfadfinder)
Im Aspert 19
51465 Bergisch Gladbach

2. beratendes Mitglied:

Ibe, Dagmar (Deutscher Kinderschutzbund)
Im Aehlemaar 1
51467 Bergisch Gladbach

persönliche Stellvertreterin:

Bosbach, Marita (Deutsches Rotes Kreuz)
Jägerstraße 8
51467 Bergisch Gladbach

3. beratendes Mitglied:

Becker, Judith (Amt für Diakonie, Evangelischer Kirchenverband Köln und Region)
Sander Straße 19a
51465 Bergisch Gladbach

persönlicher Stellvertreter:

Larondelle, Karl Hans (Caritasverband)
Hardtweg 5
51429 Bergisch Gladbach

Herr Urbach lässt daraufhin über diesen einheitlichen Wahlvorschlag abstimmen. Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der vorgetragene einheitliche Wahlvorschlag wird angenommen.

Zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß § 4 Absatz 3 Buchstabe i) der Satzung für das Jugendamt mit einer Vertreterin oder einem Vertreter eines anerkannten lokalen Trägers der freien Jugendhilfe mit einem breiten Spektrum von Jugendhilfeleistungen sowie einer persönlichen Stellvertreterin oder einem persönlichen Stellvertreter liegt der folgende einheitliche Wahlvorschlag vor:

beratendes Mitglied:

Heckmann, Michael (Caritasverband)
Carl-von-Ossietzky-Straße 61
51469 Bergisch Gladbach

persönliche Stellvertreterin:

Akkermann, Anne (Amt für Diakonie, Evangelischer Kirchenverband Köln und Region)
Unterscheider Weg 27
51467 Bergisch Gladbach

Herr Urbach lässt daraufhin über diesen einheitlichen Wahlvorschlag abstimmen. Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der vorgetragene einheitliche Wahlvorschlag wird angenommen.

Sodann bittet Herr Urbach die Fraktionen, zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß § 4 Absatz 2 Buchstabe a) der Satzung für das Jugendamt neun Ratsmitglieder oder in der Jugendhilfe erfahrene Frauen und Männer als stimmberechtigte Mitglieder sowie neun persönliche Stellvertreterinnen oder Stellvertreter vorzuschlagen.

Herr Mömkes schlägt für die CDU-Fraktion folgende Personen vor:

stimmberechtigtes Mitglied:

Münzer, Mechtildis
 Buchen, Christian
 Lehnert, Elke
 Neuheuser, Andreas

persönliche/r Stellvertreter/in:

Bischoff, Birgit
 Reudenbach, Elvira
 Kraus, Robert Martin
 Dr. Bernhauser, Johannes

Herr Waldschmidt schlägt für die SPD-Fraktion folgende Personen vor:

stimmberechtigtes Mitglied:

Schöttler-Fuchs, Brigitte
 Kreutz, Marcel

persönliche/r Stellvertreter/in:

Galley, Thomas
 Kreft, Annegret

Herr Ziffus schlägt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Personen vor:

stimmberechtigtes Mitglied:

Schundau, Edeltraud

persönlicher Stellvertreter:

Dr. Baeumle-Courth, Peter

Herr Dr. Fischer schlägt für die FDP-Fraktion folgende Personen vor:

stimmberechtigtes Mitglied:

Lehmkuhler, Bastian

persönlicher Stellvertreter:

Gerhards, Markus

Herr Santillán schlägt für die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgende Personen vor:

stimmberechtigtes Mitglied:

Klein, Thomas Joachim

persönlicher Stellvertreter:

Santillán, Tomás M.

Herr Urbach lässt daraufhin über diese Wahlvorschläge abstimmen. Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die vorgetragenen Wahlvorschläge werden angenommen.

12. Verteilung der Ausschussvorsitze, der stellvertretenden Ausschussvorsitze und Benennung der Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

0444/2009

Herr Urbach erläutert, die Fraktionen hätten sich gemäß § 58 Absatz 5 GO NRW über die Verteilung der Ausschussvorsitze wie folgt geeinigt:

Ausschuss	Vorsitzende(r)	stellv. Vorsitzende(r)
Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann	Frau Holtzmann	Herr Waldschmidt
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW	Herr Galley	Herr Höring
Rechnungsprüfungsausschuss	Herr Haasbach	Herr Dr. Steffen
Vergabeausschuss	Herr Pick	Herr Dr. Winzen

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Herr Dr. Mieke	Frau Lehnert
Planungsausschuss	Herr Sprenger	Herr Neu
Infrastrukturausschuss	Herr Nagelschmidt	Herr Schacht
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr	Herr Ziffus	Herr Mömkes
Wahlprüfungsausschuss	Herr Waldschmidt	Herr Kraus

Herr Urbach erläutert, gemäß § 57 Absatz 3 GO NRW führe der Bürgermeister den Vorsitz im Hauptausschuss und damit auch in dem nach der Zuständigkeitsordnung einzurichtenden Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach. Der Hauptausschuss wähle eine(n) oder mehrere Vertreter(innen) des/der Vorsitzende(n) aus seiner Mitte.

Herr Santillán widerspricht der Aussage, die Fraktionen hätten sich auf die Verteilung der Ausschussvorsitze geeinigt. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) sei in die Verhandlungen der übrigen Fraktionen nicht einbezogen worden und nicht einverstanden mit der aus seiner Sicht „undemokratischen“ Art und Weise der Verteilung der Ausschussvorsitze.

Herr Urbach erläutert das Verfahren der Verteilung der Ausschussvorsitze nach § 58 Absatz 5 GO NRW. Sofern der Einigung der Fraktionen nicht von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder widersprochen werde, so bestimmen die Fraktionen die Ausschussvorsitzenden aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden stimmberechtigten Ratsmitglieder. Der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) würden nur drei Ratsmitglieder angehören, womit die nach § 58 Absatz 5 GO NRW erforderliche Stimmenzahl nicht erreicht werde.

Herr Urbach lässt daraufhin über die Einigung der Fraktionen über die Verteilung der Ausschussvorsitze abstimmen:

Gegen die Einigung stimmt nur die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Die Einigung der Fraktionen über die Verteilung der Ausschussvorsitze wird mit den Stimmen der übrigen Ratsmitglieder mehrheitlich angenommen.

13. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten 0417/2009

Herr Urbach erläutert, auch in Bezug auf die Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten sei unter den Fraktionen eine Einigung erzielt worden. Er schlage vor, die Mitgliedschaften seitenweise zu verlesen und abzustimmen. Die mit Schreiben vom 19.10.2009 übersandten Ergänzungen seien Bestandteil der Einigung.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

I. Mitgliedschaften, die in der vergangenen Wahlperiode vornehmlich durch die Verwaltung wahrgenommen wurden

A.

Abwassertechnische Vereinigung St. Augustin

Der Bürgermeister
Fachbereich Umwelt und Technik
Abwasserwerk

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter

Der Bürgermeister
Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport

Arbeitsgemeinschaft Erziehungshilfe e.V.

Der Bürgermeister
Fachbereich Jugend und Soziales

Deutscher Museumsbund

Die Leiterin/der Leiter
der Abteilung „Kunst- und Kulturbesitz“

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge

Der Bürgermeister
Fachbereich Jugend und Soziales

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.

Der Bürgermeister
Fachbereich Jugend und Soziales

Deutsches Volksheimstättenwerk e.V.

Der Bürgermeister
Fachbereich Finanzen
Abteilung Wohnungswesen

Fachverband der Kämmerer Nordrhein-Westfalen

Stadtkämmerer Mumdey, Jürgen

Fachverband der Kommunalkassenverwalter

Der Bürgermeister
Fachbereich Finanzen
Leiter des Sachgebiets Stadtkasse

Fachverband der Standesbeamten

Der Bürgermeister
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung
Abteilung Standesamt

Gemeindeversicherungsverband

Der Bürgermeister
Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung

**Gemeindeversicherungsverband - Kommunalversicherung
Regionalbeirat**

Mitglied:
Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, KGST

Der Bürgermeister
Fachbereichsleitung
Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung

Kommunaler Arbeitgeberverband, KAV

Der Bürgermeister
Fachbereichsleitung
Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung

Lärmschutzgemeinschaft Flughafen Köln/Bonn e.V.

Der Leiter des Fachbereichs 3
Peter Widdenhöfer

Landesverband der Volkshochschule NW e.V.

Der Bürgermeister
Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport
Leitung der Abteilung Volkshochschule

Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Der Bürgermeister
Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport
Leitung der Abteilung Stadtarchiv

Verband der kommunalen Städtereinigungsbetriebe

Der Bürgermeister
Fachbereich Umwelt und Technik
Abfallwirtschaftsbetrieb

Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande

Der Bürgermeister
Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport
Leitung der Abteilung Stadtarchiv

Verein für Kommunalwirtschaft e.V.

Der Bürgermeister
Fachbereich Umwelt und Technik

Vereinigung der Rechnungsprüfungsämter

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

Herr Urbach lässt über diese Vorschläge abstimmen.

Der Rat ist mit diesen Vorschlägen einstimmig einverstanden.

Herr Urbach erläutert, die Liste B. solle unter „Staatliches Forstamt Bergisch Gladbach-Königsforst, Forstausschuss“ dahingehend aktualisiert werden, dass die Mitgliedschaft nicht mehr durch Herrn Hagen, sondern nunmehr durch Herrn Leuthe und seine Stellvertretung durch Herrn Klostermann wahrgenommen werden solle.

Herr Ziffus fragt, ob die Stadt in der Mitgliederversammlung des „Forum Nationales Kulturerbe Wahner Heide/Königsforst e.V.“ durch die Verwaltung vertreten werden müsse. Falls nicht, würde

die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen Vorschlag unterbreiten. Zudem fragt er, wie sichergestellt sei, dass der Rat über die Entwicklungen in den Mitgliedschaften informiert werde.

Herr Urbach antwortet, dieses Gremium setze sich fast ausschließlich aus Behördenleitern zusammen, unter anderem auch dem Regierungspräsidenten. Er empfehle, es bei dem Vorschlag zu belassen. Herr Urbach schlägt Herrn Ziffus vor, seine Frage zum Berichtswesen aus den Mitgliedschaften in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung zu thematisieren.

Herr Lang entgegnet, es solle generell einmal darüber nachgedacht werden, ob die Mitgliedschaftsrechte in derartigem Ausmaß durch Verwaltungsmitarbeiter wahrgenommen werden sollen.

B.

BGE Eisenbahngütergesellschaft mbH Bergisch Gladbach Gesellschafterversammlung

Der Bürgermeister
Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung
(Immobilienbetrieb)
Martmann, Bernd

Stellvertretung:

Der Bürgermeister, Fachbereich 8
Westermann, Martin

Deutscher Städtetag Ständige Konferenz der Gartenamtsleiter (GALK)

Der Bürgermeister
Fachbereich Umwelt und Technik
Der Leiter der Abteilung „Stadtgrün“
Leuthe, Wolfgang

Stellvertretung:

Klostermann, Thomas

Fischereigenossenschaft Genossenschaftsversammlung

Der Bürgermeister
Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung
(Immobilienbetrieb)

Fluglärmkommission

Urbach, Lutz

Stellvertretung:

Widdenhöfer, Peter

Forstbetriebsgemeinschaft Bergisch Gladbach und

Forstbetriebsgemeinschaft Herkenrath

und

Jagdgenossenschaft der gemeindlichen Jagdbezirke I bis IX im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach und der Angliederungsgenossenschaften

Der Bürgermeister

Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung
(Immobilienbetrieb)

„Forum Nationales Naturerbe Wahner Heide/Königsforst e.V.“

Der Bürgermeister
Urbach, Lutz

Förderverein Wald und Holz Rhein-Berg, Leverkusen, Köln

Der Bürgermeister
Fachbereich Umwelt und Technik
Der Leiter der Abteilung „Stadtgrün“
Leuthe, Wolfgang

Institut der Rechnungsprüferinnen und Rechnungsprüfer in Deutschland

Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes
Georg Kötter

Kommunale Datenverarbeitungszentrale (KDVBZ) Hellwig-Sauerland

Ausschuss für Grundsatzangelegenheiten

Verwaltungsrat

Der Bürgermeister, Fachbereichsleiter 1

Die Besetzung soll nach Abstimmung mit dem Kreis und den kreisangehörigen Gemeinden zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Kulturstiftung Kreissparkasse Köln

Mitglied des Kuratoriums
Urbach, Lutz

Rechtsrheinischer Kölner Randkanal

Verbandsversammlung

Kremer, Michael
Schmickler, Stephan

Stellvertretung:

Kurz, Jürgen
N.N.

Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH

Gesellschafterversammlung

Schmickler, Stephan

„Rund um Köln“ Veranstaltungs-GmbH

Der Bürgermeister
Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport

Staatliches Forstamt Bergisch Gladbach-Königsforst

Forstausschuss

Mitglied:
Leuthe, Wolfgang

Stellvertretung:

Klostermann, Thomas

Strundeverband
Verbandsversammlung
Kremer, Michael

Stellvertretung:
Der Gewässerschutzbeauftragte
z.Zt. Riedel, Horst

Verschönerungsverein der Stadt Bergisch Gladbach e.V.
Der Bürgermeister
Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung
Die Leiterin der Abteilung
Angelegenheiten der Kommunalverfassung

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Ortsverband Bergisch Gladbach
Urbach, Lutz (Vorsitzender)

**Vorstand des Vereins „Freunde und Förderer des Industriemuseums Bergisch Gladbach -
Papiermühle Alte Dombach e.V.“**
Der Bürgermeister
Der Leiter des Fachbereiches
Bildung, Kultur, Schule und Sport

Herr Urbach lässt über diese Vorschläge abstimmen.

Der Rat ist mit diesen Vorschlägen einstimmig einverstanden.

II. Mitgliedschaften, die in der vergangenen Wahlperiode vornehmlich durch Mitglieder des Rates wahrgenommen wurden

Altenberger-Dom-Verein
Mitgliederversammlung
Haasbach, Hans Josef

Stellvertretung
Koshofer, Ingrid

Vorstand
Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH
Aufsichtsrat
Urbach, Lutz (Vorsitzender)
Mömkes, Peter
Nagelschmidt, Felix
Neu, Gerhard
Dr. Miede, Wolfgang
Dr. Baumele-Courth, Peter
Dr. Fischer, Reimer

Gesellschafterversammlung

Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Herr Urbach lässt über diese Vorschläge abstimmen.

Der Rat ist mit diesen Vorschlägen einstimmig einverstanden.

**Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten
Verbandsversammlung**

Reudenbach, Elvira

Wagner, Hermann-Josef

Willnecker, Josef

Kreft, Annegret

Dr. Mieke, Wolfgang

Scheerer, Anna Maria

Koshofer, Ingrid

Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Stellvertretung:

Dr. Bernhauser, Johannes

Lehnert, Elke

Sprenger, Markus

Hoffstadt, Peter

Schöttler-Fuchs, Brigitte

Schmidt-Bolzmann, Renate

Mumdey, Jürgen

Verbandsvorsteher:

Nominierung (Der Verbandsvorsteher wird durch die Verbandsversammlung gewählt): Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Stellvertretender Verbandsvorsteher:

Nominierung (Der stellvertretende Verbandsvorsteher wird durch die Verbandsversammlung gewählt): Mumdey, Jürgen

Sollte Herr Urbach als Verbandsvorsteher bzw. Herr Mumdey als stellvertretender Verbandsvorsteher gewählt werden, muss für die Verbandsversammlung ein neuer Vertreter bzw. Stellvertreter benannt werden, da der Verbandsvorsteher bzw. der stellvertretende Verbandsvorsteher, die von der Verbandsversammlung gewählt werden, nicht gleichzeitig der Verbandsversammlung angehören dürfen.

Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH

Aufsichtsrat

Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Bischoff, Birgit

Lehnert, Elke

Stellvertretung

Kreft, Annegret

Koshofer, Ingrid

Reudenbach, Elvira

Gesellschafterversammlung

Mömkes, Peter
Kleine, Nikolaus
Beisenherz-Galas, Renate

Herr Urbach lässt über diese Vorschläge abstimmen.

Der Rat ist mit diesen Vorschlägen einstimmig einverstanden.

Bürgerstiftung für Bergisch Gladbach

Kuratorium

Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Bensberger Bürgerstiftung

Kuratorium

Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

Gesellschafterversammlung

Sprenger, Markus
Maas, Karl-Adolf
Komenda, Mirko
Der Stadtbaurat
Der Leiter des Fachbereiches Umwelt und Technik

GL Service gGmbH

Gesellschafterversammlung

Dr. Bernhauser, Johannes
Münzer, Mechtildis
Kühl, Manfred
Schöttler-Fuchs, Brigitte
Galley, Thomas
Gerhards, Markus
Steinbüchel, Dirk
Mumdey, Jürgen

Herr Urbach lässt über diese Vorschläge abstimmen.

Der Rat ist mit diesen Vorschlägen bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) einstimmig einverstanden.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft (RBS GmbH)

Aufsichtsrat

Mumdey, Jürgen
Holtzmann, Petra
Schacht, Rolf-Dieter
Graner, Angelika
Waldschmidt, Klaus W.

Gesellschafterversammlung

Schütz, Fabian

Stellvertretung:
Höring, Lennart

Krankenhausausschuss Marienkrankenhaus
Pick, Rudolf

Herr Urbach lässt über diese Vorschläge abstimmen.

Der Rat ist mit diesen Vorschlägen einstimmig einverstanden.

Kreissparkasse Köln
Regionalbeirat Bergisch Gladbach
Urbach, Lutz (Bürgermeister)
Metten, Michael
Dr. Fischer, Reimer
Ziffus, Günter
Waldschmidt, Klaus W.
Schütz, Fabian Theodor

Herr Santillán erläutert, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) als fünft stärkste Fraktion im Rat beanspruche einen Sitz im Regionalbeirat und schlage dazu Herrn Tomás Santillán vor. In der Vergangenheit seien die fünf größten Fraktionen im Regionalbeirat vertreten gewesen; die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) solle wohl auch hier übergangen werden.

Herr Mömkes entgegnet, die CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP-Fraktion, Fraktion Freie Wähler und Fraktion KIDitiative würden eine gemeinsame Liste bilden. Die Vorsitzenden und die Mitglieder der benannten Fraktionen stimmen diesem Vorschlag von Herrn Mömkes zu. Herr Urbach erläutert, dass es unter Anwendung des Hare-Niemeyer-Verfahrens dann bei der verlesenen Besetzung bleibe.

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Gesellschafterversammlung
Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Herr Urbach lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Der Rat ist mit diesem Vorschlag bei einer Gegenstimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) mehrheitlich einverstanden.

Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg i.L.
Gesellschafterversammlung
Henkel, Harald

Aufsichtsrat
Sprenger, Markus

Herr Urbach erläutert, die Gesellschaft befinde sich in der Liquidation. Deshalb müsse nicht unbedingt ein Stellvertreter für das vom Rat benannte Aufsichtsratsmitglied bestellt werden. Herr Nagelschmidt ergänzt, der Aufsichtsrat solle in der ersten Sitzung abgeschafft werden.

Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V.

Mitgliederversammlung

Bischoff, Birgit

Kühl, Manfred

Stellvertretung:

Dresbach, Erich (s. B.)

Beisenherz-Galas, Renate

Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

Aufsichtsrat

Urbach, Lutz (Vorsitzender)

Buchen, Christian

Wagner, Hermann-Josef

Kreft, Annegret

Waldschmidt, Klaus W.

Jentsch, Boris

Dr. Steffen, Ulrich

Gesellschafterversammlung

Urbach, Lutz (Bürgermeister)

Herr Urbach lässt über diese Vorschläge abstimmen.

Der Rat ist mit diesen Vorschlägen bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) einstimmig einverstanden.

Herr Schütz erläutert, die Fraktion KIDitiative habe sich mit der Fraktion Freie Wähler dahingehend geeinigt, dass für die erste Hälfte der Wahlperiode Herr Kamp und für die zweite Hälfte der Wahlperiode Herr Schütz für die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes benannt werden solle.

Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen

Mitgliederversammlung

Dietsch, Dorothea

Ditzler, Manfred

Kraus, Robert Martin

Maas, Karl-Adolf

Wilhelm, Frank

Waldschmidt, Klaus W.

Schneider, Waltraud

Schöttler-Fuchs, Brigitte

Dr. Baeumle-Courth, Peter

Beisenherz-Galas, Renate

Dr. Fischer, Reimer

Santillán, Tomás

Kamp, Wilfried

Stiftung Zanders

Kuratorium

Haasbach, Hans Josef

Herr Urbach lässt über diese Vorschläge abstimmen.

Der Rat ist mit diesen Vorschlägen einstimmig einverstanden.

14. Neuwahl des Integrationsrates; Änderung ortsrechtlicher Regelungen
0451/2009

Herr Urbach weist darauf hin, dass § 8 Ziffer 3. der Wahlordnung für den Integrationsrat der Regelung in § 8 Absatz 4 der Hauptsatzung widerspreche, wonach der Wahltag innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist durch den Rat festgesetzt werde. Er schlage daher vor, § 8 Ziffer 3. der Wahlordnung für den Integrationsrat wie folgt zu ändern: „Der Wahltermin wird von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter spätestens 90 Tage vorher bekannt gemacht.“

Herr Schütz erläutert, die Fragen, inwieweit die Wahlordnung für den Integrationsrat mit dem Grundgesetz (GG), insbesondere mit dem Wahlgrundsatz der Gleichheit der Wahl sowie mit den Art. 3 und 33 GG, vereinbar sei, seien zwischenzeitlich von der Verwaltung beantwortet worden. Die Verwaltung habe in ihrem relativ allgemein gehaltenen Antwortschreiben unter anderem darauf hingewiesen, dass die Stadt keine Prüfungs- und Verwerfungskompetenz habe. Außerdem habe die Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen bereits eine Prüfung vorgenommen habe. Er frage die Verwaltung, ob die Landesarbeitsgemeinschaft eine Prüfungs- und Verwerfungskompetenz habe. Es sei ihm zudem nicht ersichtlich, warum die Verwaltung, die an Recht und Gesetz gebunden sei, keine Überprüfung vornehmen könne, ob die Wahlordnung mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Der Hinweis der Verwaltung, dass die Wahlordnung mit den Vorschriften der GO NRW übereinstimme, greife aus seiner Sicht zu kurz. Seine Fragen seien insofern nicht hinreichend beantwortet worden.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion KIDitiative bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Freie Wähler folgenden **modifizierten Beschluss**:

- 1. Auf eine Vorberatung im Fachausschuss gemäß § 1 Absatz 2 Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird verzichtet.**
- 2. Die I. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.**
- 3. Die Wahlordnung für den Integrationsrat wird in der Fassung der Vorlage inklusive der Änderung in § 8 Ziffer 3. („Der Wahltermin wird von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter spätestens 90 Tage vorher bekannt gemacht.“) beschlossen.**

15. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der VHS
0440/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Das Abrechnungsverfahren mit den beteiligten Gemeinden Kürten und Odenthal wird aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und der Kalkulierbarkeit pauschaliert. Der Pauschbetrag ist, für bis zu 800 geplante Unterrichtsstunden im Jahr, pro Gemeinde und Jahr 16.000,- EUR. Die Räte der Gemeinden Kürten und Odenthal haben diese Änderung beschlossen.

16. Anträge der Fraktionen

16.1. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.09.09 zur Autobahnanbindung über die Bahndammtrasse an die A 4
0442/2009

Herr Waldschmidt erläutert, die SPD-Fraktion beantrage, dass der Rat eine Resolution zur verkehrlichen Anbindung über die Bahndammtrasse an die A 4 beschließen solle. Es sei nicht Usus, dass ein solcher Antrag zur Beratung an einen Fachausschuss verwiesen werde. Der Rat solle heute über den Antrag entscheiden.

Herr Mömkens entgegnet, der Rat habe in der vergangenen Ratsperiode einen deutlichen Beschluss gefasst. Seitdem führe das Land eine Umweltverträglichkeitsprüfung durch. In den nächsten Wochen lägen hoffentlich erste Ergebnisse vor. Danach könne man das Thema endlich weiter beraten. Die CDU-Fraktion halte es nicht für sinnvoll, vor diesem Hintergrund einen allseits bekannten Beschluss zu wiederholen. Der Antrag solle an den zuständigen Fachausschuss überwiesen werden.

Herr Ziffus erläutert, der von Herrn Mömkens angeführte mehrheitliche Beschluss verletze aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in massiver Weise ökologische, ökonomische, und auch soziale Aspekte der Verkehrsentwicklungsplanung im Raum Bergisch Gladbach. Aus diesem Grunde sollten die benötigten Daten abgewartet werden. Nach einer Kalkulation der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde das Projekt „Verkehrsanbindung über die Bahndammtrasse“ inklusive der notwendigen Verbreiterung der Autobahn kaum unter 150 Mio. EUR zu finanzieren sein.

Aus Sicht von Herrn Lang soll die Verwaltung zunächst klären, ob überhaupt noch eine Chance bestehe, einen weiteren Autobahnanschluss zu verwirklichen. Dies habe er selbst immer verneint und verneine es auch heute. Dem Landesministerium lägen Unterlagen vor, aus denen die Ablehnung des weiteren Autobahnanschlusses durch den Bund deutlich werde. Er bittet die Verwaltung, dies zu klären. Er sehe keine Notwendigkeit, den Antrag an den zuständigen Fachausschuss zu überweisen.

Herr Urbach weist darauf hin, dass Herr Minister Lienenkämper noch vor Weihnachten zu Gesprächen nach Bergisch Gladbach kommen werde.

Herr Santillán erläutert, die Mehrheitsverhältnisse im Rat hätten sich durch die Kommunalwahl geändert. Der Rat solle daher heute über den Antrag abstimmen, wobei die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) die Autobahnanbindung über den Bahndamm und damit auch den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen werde.

Herr Galley entgegnet, die Refrather Bürgerinnen und Bürger müssten dringend von der hohen Verkehrsdichte in Refrath entlastet werden und auch das Bergisch Gladbacher Gewerbe sowie zahlreiche Pendler würden einen Autobahnanschluss benötigen. Der Rat solle heute im Interesse der Bürgerinnen und Bürger darstellen, wie er sich zum Projekt Bahndammtrasse positionieren wolle.

Herr Nagelschmidt beantragt für die CDU-Fraktion nach einem Hinweis von Herrn Urbach, dass Herr Waldschmidt und Herr Lang noch auf der Rednerliste stehen, den Schluss der Aussprache.

Herr Santillán spricht sich gegen diesen Antrag aus.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag auf Schluss der Aussprache abstimmen.

Der Rat nimmt den Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich an.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag von Herrn Waldschmidt, den Antrag der SPD-Fraktion in der heutigen Sitzung zu beraten, zu entscheiden und nicht an den zuständigen Fachausschuss zu überwiesen, abstimmen.

Für diesen Antrag stimmen die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Freie Wähler mehrheitlich abgelehnt. Der Antrag der SPD-Fraktion wird damit an den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann überwiesen.

17. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Waldschmidt: Anfrage zu Regionale-Fördermitteln

Herr Waldschmidt fragt, ob es zutreffe, dass Fördermittel für das Regionale-Projekt Strunde in Höhe von 250.000,- EUR verloren gehen würden und erhaltene Fördermittel in beträchtlicher Höhe zurückzahlen wären, falls nicht bis zum 30.11.2009 Eigenmittel in Höhe von 62.500,- EUR freigegeben werden. Herr Waldschmidt bittet um eine kurzfristige schriftliche Beantwortung.

Herr Waldschmidt: Anfrage zur Terminierung der beantragten Ratssitzung

Herr Waldschmidt fragt, ob der Bürgermeister bereits einen Termin für die von der SPD-Fraktion beantragte und damit unverzüglich einzuberufende Ratssitzung bekannt geben könne.

Herr Urbach antwortet, es sei hilfreich, wenn zu der beantragten Ratssitzung die Ausarbeitungen der Kämmerei vorliegen würden. Nach Aussage des Kämmerers sei dies in 14 Tagen der Fall. Unter Berücksichtigung der Ladungsfrist und der benötigten Zeit für die Erstellung der Sitzungseinladung könne die Ratssitzung in ca. drei bis dreieinhalb Wochen stattfinden.

Herr Waldschmidt entgegnet, die Sitzung sei unverzüglich einzuberufen. Über das Konjunkturpaket II, insbesondere die Angelegenheit des Sportplatzes Herkenrath könne auch entschieden werden, bevor die Zahlen der Kämmerei vorliegen.

Frau Kreft: Anfrage zur Radstation

Frau Kreft bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes in Bezug auf die Radstation.

Herr Schmickler antwortet, der Bauauftrag dürfe derzeit auf Grund der verfügbaren Haushaltssperre nicht vergeben werden. Die Trägersauswahl sei in der vergangenen Ratssitzung vertagt worden und es sei nicht sinnvoll, eine Auswahl zu treffen, ohne zu wissen, ob die Radstation überhaupt gebaut werden könne. Der städtische Anteil an der Radstation sei ein Teil der noch zu klärenden Investitionsprioritäten, denn die Mittel würden im Jahr 2010 kassenwirksam und seien damit im Nothaushalt auf den Investitionsrahmen des Jahres 2010 anzurechnen, selbst wenn sie in 2009 etatisiert seien.

Frau Kreft fragt ergänzend, ob bereits erhaltene Zuschüsse zurückgezahlt werden müssen und ob das Projekt dadurch gefährdet sei.

Herr Schmickler verweist auf eine schriftliche Mitteilung dieser Zahlen. Es seien bereits Zuschüsse in fünfstelliger Höhe abgerufen worden, die zuzüglich Zinsen zurückgezahlt werden müssten, wenn das Projekt nicht realisiert würde.

Frau Kreft: Anfrage zur Sitzordnung in den Sitzungen des Rates

Frau Kreft fragt, ob die Verwaltung die Sitzordnung im Ratssaal so ändern könne, dass wieder ein Mittelgang in den Reihen des Rates frei bleiben könne.

Herr Urbach antwortet, dies sei sinnvoll und werde wahrscheinlich von allen Ratsmitgliedern unterstützt. Er bittet die CDU-Fraktion um Verständnis, dass dazu einer der Plätze aus der ersten Reihe herausgenommen und in eine dahinter liegende Reihe verlegt werden müsse.

Frau Schöttler-Fuchs: Anfrage zur Aufstellung eines Aschenbechers

Frau Schöttler-Fuchs bittet den Bürgermeister darum, am Nebeneingang des Rathauses Konrad-Adenauer-Platz einen Aschenbecher aufzustellen.

Herr Urbach antwortet, er werde sich dem annehmen.

Herr Lang: Anfrage zum Verfahren bei Anträgen auf Schluss der Aussprache

Herr Lang erläutert, es sei bisher üblich gewesen, dass die Bürgermeister bzw. Ausschussvorsitzenden bei einem Antrag auf Schluss der Aussprache darauf hingewirkt hätten, dass die Ratsmitglieder, die noch auf der Rednerliste standen, auch noch zu Wort kamen. Er fragt, ob es künftig wieder vorkommen werde, dass man ihn selbst „mundtot“ mache, oder ob der Bürgermeister sich an die alten Gepflogenheiten halten wolle.

Herr Urbach entgegnet, er habe bewusst darauf hingewiesen, dass noch zwei Ratsmitglieder auf der Rednerliste standen. Die Entscheidung, zu welchem Zeitpunkt ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt werde, treffe der Antragsteller.

Herr Lang: Anfrage zum Autobahnzubringer

Herr Lang fragt, ob der Bürgermeister bereit sei, seine nach eigener Auskunft guten Verbindungen zur Stadt Köln zu nutzen und sich zu erkundigen, „ob die EL 286 denkbar sei“.

Herr Urbach antwortet, er werde generell Gespräche mit der Kölner Verwaltungsspitze führen. Ob das Thema „Autobahnzubringer“ Bestandteil dieser Gespräche sein werde, könne er heute noch nicht mit Gewissheit sagen. Die Stadt Bergisch Gladbach fokussiere sich auf die Bahndammtrasse, und dies werde mit dem Minister noch vor Weihnachten zu besprechen sein.

Herr Ziffus: Frage zur aktuellen Haushaltssituation

Herr Ziffus fragt, wie sich die aktuelle Finanzsituation auf der Einnahmenseite darstelle.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung.

Herr Schacht: Anfrage zur Teilnahme der RBW an der Expo Real

Herr Schacht erläutert, die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (RBW) sei auf der diesjährigen Expo Real in München vertreten gewesen. Er fragt, wie groß der gesamte finanzielle Aufwand gewesen sei, wie viele Personen aus Bergisch Gladbach an der Messe teilgenommen hätten und welcher Nutzen, insbesondere wie viele hoffnungsvolle Kontakte, sich daraus ergeben hätten.

Herr Urbach antwortet, er werde die RBW bitten, den Ratsmitgliedern Informationen zur Expo Real zur Verfügung zu stellen.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.